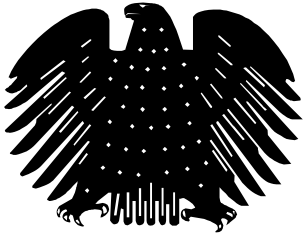


Lothar Mark, MdB

Unser Mannemer in Berlin

Newsletter des Bundestagsabgeordneten Lothar Mark



Themen u. a.:

- MdB Renate Gradistanac in Mannheim
- Besuch im Tierheim
- Nein zum Stellenabbau bei der Polizei!
- Dr. Ernst Dieter Rossmann zu Gast in Mannheim
- Bundespolizeireform
- Tempelhof und die Folgen
- Äußerungen des hessischen MP Roland Koch
- Vögele-Umzug

In dieser Ausgabe:

MdB R. Gradistanac in Mannheim	1
Fortsetzung MdB R. Gradistanac in..	2
Nein zum Stellenabbau bei der Polizei	2
MP Roland Koch, Wahlen und Bypass	3
Schließung von Tempelhof und die Folgen für Mannheim	3
Eisenbahnbundesamt missachtet demokratisches Rechtsstaatsystem	4
Blumenau: keine Möglichkeit für 100	4
SPD erörtert ihren Weg	5
Im Auftrag der Familie!	5
Sport und Bewegung in Deutschland	6
Besuch im Mannheimer Tierheim	6
Leserbrief an die SZ	7
Vögele Umzug	7
Mark übernimmt Patenschaft	8
Bundespolizeireform	8
Integrationsprojekte aus Mannheim	9
Lothar Mark unterstützt MFC 08	9
Musikalisches Sommervergnügen	10
In Sachen Zoll	10
Referendum in Venezuela	11
Geld für CDU, FDP und AGFG	11
Mark gegen deutsche Beteiligung an Enduring Freedom	12
Brasilien, Venezuela, Mercosur	12
Oskars Welt	12
Termine	13

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

die hessischen Landtagswahlen haben es gezeigt: mit populistischen Parolen ist nicht vorwärts zu kommen. Populismus ist nicht populär. Während die CDU nun über ihre thematischen Schwerpunkte zankt, ist die SPD gut positioniert. Wir haben ein klares Konzept mit unserer Forderung nach Mindestlöhnen, mit „Im Auftrag der Familie!“ und mit der anstehenden Reform der Pflegeversicherung.

Um mit Mannheimerinnen und Mannheimern über aktuelle bundespolitische Ereignisse zu diskutieren, lade ich in regelmäßigen Abständen Fraktionskollegen in die Quadratestadt ein. In dieser Ausgabe berichte ich Ihnen über den Besuch von MdB Renate Gradistanac und MdB Dr. Ernst Dieter Rossmann.

Auch sonst ist viel los in Mannheim.

Verdruss bereitet den Mannheimerinnen und Mannheimern leider der geplante Stellenabbau bei der Polizei, der Umzug der Firma Vögele GmbH nach Ludwigshafen und der Autobahnärm im Bereich Blumenau. Die Variante C, die eine Alternative zur ICE-Umfahrung Mannheims darstellt, bekommt Gegenwind aus Hessen.

Wir Mannheimer können uns aber auch freuen. Uns erwartet ein Sommer der musikalischen Superlative, Mannheimer Sportlerinnen und Sportler werden gefördert und Mannheim hat drei großartige Integrationsprojekte zur Förderung beantragt.

Über dies und vieles mehr können Sie in dieser Ausgabe lesen. Viel Vergnügen!

Ihr

Lothar Mark



MdB Renate Gradistanac zu Gast in Mannheim

Vor dem Hintergrund des internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen und des internationalen Tages für Kinderrechte, luden Lothar Mark und die Arbeitsgruppe sozialdemokratischer Frauen (Kreisverband Mannheim) die Bundestagsabgeordnete Renate Gradistanac nach Mannheim ein. Die stellvertretende Sprecherin der

SPD-Bundestagsfraktion für Familie, Senioren, Frauen und Jugend besuchte verschiedene Einrichtungen für Mädchen und Frauen.

Auf dem Tagesprogramm stand u.a. ein Besuch im Frauenhaus. Ziel des vor 25-Jahren gegründeten Frauenhauses ist insbesondere der begleitende Über-

gang vom Frauenhaus- in die Beschäftigung. Die Geschäftsführerin und AsF-Kreisvorsitzende, Dr. Claudia Schöning-Kalender, informierte die beiden Bundestagsabgeordneten sehr dezidiert u.a. über die Schwierigkeiten der Existenzsicherung von Frauen über ihre Zeit im Frauenhaus hinaus.

Fortsetzung: MdB Renate Gradistanac in Mannheim



Von links: MdB Lothar Mark, AsF-Vorsitzende Dr. Claudia Schöning-Kalender, MdB Renate Gradistanac

Foto: Büro Lothar Mark

„Spann uns ein!“
versicherte

Lothar Mark der
Frauenbeauftragten
der Stadt
Mannheim seine
Unterstützung

Renate Gradistanac gab Tipps zur Umsetzung des neuen „Aktionsplan II der Bundesregierung gegen häusliche Gewalt an Frauen“.

Die Leiterin und Frauenbeauftragte der Stadt Mannheim, Ilse Thomas, führte die beiden interessierten Abgeordneten durch das Gründerinnenzentrum (Gig). Das SPD-Duo verschaffte sich hier einen Überblick über die Hilfen, die Frauen von Seiten des Gründerinnenzentrums für

ihre Existenzgründung angeboten bekommen. Das Gründerinnenzentrum fördert seit 1993 die Existenzgründung hauptsächlich von Frauen mit solider Ausbildung und einer gewissen Lebens- und Arbeitserfahrung. „Frauenthemen haben vor allem etwas mit Wirtschaftskraft zu tun und nicht zwangsläufig mit Sozialem“, so Ilse Thomas. „Wir befinden uns an einer Umbruchstelle, große Unternehmen bauen ab, kleine sind gefragt.“ Das „Gig“ dient Frauen in dieser Hinsicht als Plattform, Netzwerk und Ansprechpartner. Existenzgründerinnen bekommen hier konkrete Tipps aus der Praxis rund um die Themen Buchhaltungcoaching, Öffentlichkeitscoaching, Businessplan, Finanzplan, etc.

„Spann uns ein!“, versicherte Lothar Mark seine Unterstützung bei der Umsetzung der Vorschläge zur Förderung der Einrichtung, die aus der Leiterin nur so sprudelten. „Gerade auch die kleinen Geschäftsideen sind ja wichtig für die Wirtschaftskraft unserer Metropolregion“, so Lothar Mark.

Die Geschäftsführerin vom Internationalen Mädchentreff, Nazan Kapan, berichtete über den Hintergrund und die spe-

zielle Situation der Mädchen, die im Mädchentreff Hausaufgabenhilfe bekommen und ihre Freizeit gestalten können. Renate Gradistanac berichtete über Erfahrungen aus ihrem Wahlkreis. Lothar Mark interessierte sich hier insbesondere für die Netzwerksituation in Mannheim.

Bei der abschließenden Diskussionsveranstaltung am Abend in der MaRuBA sahen sich die beiden Abgeordneten Frauen gegenüber, die sich sehr interessiert und leidenschaftlich engagiert einbrachten. Lothar Mark, als Mitglied des Haushaltsausschusses mitverantwortlich für die Mittelvergabe des Bundes, bot seine Unterstützung bei der Umsetzung der vielen Ideen zur Verbesserung der Situation von Frauen und der Durchsetzung diesbezüglicher Anträge im Haushaltsausschuss an. „Lothar Mark als Haushälter und Renate Gradistanac als Sachkundige für Frauen und Soziales sind ein bestechendes Duo und gemeinsam in der Lage, großen Einfluss für unsere Sache zu nehmen“, äußerte sich eine Teilnehmerin am Ende zufrieden.

„Nein“ zum Stellenabbau bei der Mannheimer Polizei!

Protestierende Polizeibeamte in Stuttgart haben in großen Buchstaben ihre Befürchtungen auf ihre Schilder geschrieben: *Der Stellenabbau geht mit einem Abbau der Sicherheit im Lande einher.*



„Gerade vor dem Hintergrund einer steigenden Kriminalitätsrate und deutlichem Aufwuchs bei wachsender Bevölkerung sind für mich die geplanten Stellenstreichungen in keinerlei Hinsicht nachvollziehbar“, erklärt Lothar Mark, der mehrfach über die Sicherheitslage in Mannheim Gespräche führte. Allein in Mannheim könnte

durch den Stellenabbau ein ganzes Polizeirevier wegfallen. Nach Angaben der Polizei werde die schnelle Verfügbarkeit der Polizei für die Bürgerinnen- und Bürger nicht länger zu halten sein und keine Reserven für die dauerhafte Bewältigung der Alltagsaufgaben geschweige von besonderen Lagen, wie z.B. Terrorismus- und Drogenbekämpfung, vorhanden sein.

„Wenn der baden-württembergische Innenminister Herbert Rech (CDU) schon einsieht, dass die Polizei „am Rande der Leistungsfähigkeit“ ist, dann sollte er auch besser auf die

Protestierenden hören und von der Realisierung der Stellenstreichungen im Jahr 2008 absehen. Er muss endlich eine realistische Bestandaufnahme machen und uns mit fadenscheinigen Begründungen für den Stellenabbau, wie „Aufgabenverlagerung“, verschonen. Wenn der Minister heute seine Ohren vor den Argumenten gegen den Stellenabbau verschließt, dann werden ihm in Zukunft die Klagen der Menschen über eine Polizei, die nie da ist, wenn sie sie brauchen, in den Ohren liegen“, so Lothar Mark.

Hessen und das Thema ICE-Bypass um Mannheim

Über die in Wahlkampfzeiten getroffenen Äußerungen des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch, in denen er der Region Rhein-Neckar einen „kleinkarierten Streit“ im Hinblick auf ihren Kampf gegen den geplanten Bypass vorwirft, zeigte sich Lothar Mark enttäuscht:

„Ich bedaure sehr, dass der hessische Ministerpräsident Roland Koch die bisher gemeinsame Linie der Länder Baden-Württemberg, Rheinland Pfalz, Hessen und des Saarlandes, verlässt. In der Vergangenheit haben diese Länder immer wieder ihre Einmütigkeit im Kampf gegen den Bypass betont und gemeinsam die bislang von der Bahn abgelehnte Variante C befürwortet und unterstützt. Mit seinen Äußerungen sprengt Roland Koch diese Einheit und riskiert die Position der Metropolregion im Kampf gegen den geplanten Bypass auf Dauer zu schwächen. Im Hinblick darauf, dass der Bau des Bypasses bislang vor allem durch die Stärke der länderübergreifenden gemeinsamen Front

abgewehrt konnte, halte ich die Äußerungen Kochs für unverantwortlich. Ich hoffe daher, dass sein Affront gegen die Gegner des Bypasses, deren Anstrengungen er als 'kleinkarierten Streit' bezeichnete, in der Hektik des hessischen Wahlkampfes etwas unbedacht über seine Lippen kamen“, so Lothar Mark im Dezember 2007.

Lothar Mark gratulierte inzwischen Andrea Ypsilanti aufs Herzlichste für ihren Erfolg bei der Landtagswahl und wünschte ihr alles Gute für die Koalitionsverhandlungen.

Auf die hessische Landesregierung baut in Sachen ICE-Trassenführung neuerdings insbesondere der Bergsträsser Landrat Matthias Wilkes (CDU). Der Parteifreund Kochs kann sich nicht vorstellen, „dass eine hessische Regierung einer Schneise durch den Wald zustimmen wird“, und meinte damit die Mark-Variante, die als Alternative zum Bypass um Mannheim eine Trassenführung diagonal durch das hessische

Ried vorsieht. Hierbei ist jedoch keine Schneise nötig. Vielmehr soll die Strecke durch den Lampertheimer Wald als Tunnel beziehungsweise überdeckelt verlaufen. „Dies ist zwar teuer, aber finanzierbar, weil die Strecke fast zwei Kilometer kürzer ist als entlang der A 67 und zudem durch den Verzicht auf den ICE-Bypass eingespart wird“, so Lothar Mark.

Die Haltung der künftigen hessischen Landesregierung bleibt abzuwarten.

Lothar Mark hatte die Variante C schon vor Jahren entworfen. Von der momentan angefachten Lokalkritik aus Hessen zeigt er sich unbeeindruckt: „Über die Vorteile der Variante C herrscht seit langem eine große Einigkeit in der Metropolregion. Parteipolitisch motivierte Gegenstimmen schmälern nicht den tatsächlichen Nutzen, den die gesamte Metropolregion von der Realisierung dieser Variante hätte. Die Tunnellösung wird allen Interessen am gerechtesten“.

Hessen hat am 27.01.2008 einen neuen Landtag gewählt



Schließung von Tempelhof: Folgen für Mannheim

Trotz Bestätigung der Schließungsentscheidung des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg durch das Leipziger Bundesverwaltungsgericht sollte der Flughafen Tempelhof über den 31. Oktober 2008 hinaus für den Geschäfts- und Dienstreiseverkehr offen gehalten werden. Schließlich wird der neue Großflughafen Berlin-Brandenburg International (BBI) nicht vor 2012/13 in Betrieb gehen und rechtlich verbindlich ist die Schließung erst nach diesem Datum. Geklagt hatten mehrere Fluggesellschaften und Luftfahrtunternehmen. Die Gegner einer Schließung haben bereits über 190 000 Unterschriften für einen Volksentscheid im Juni 2008 gesammelt. Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit sollte dies konstruktiv aufgreifen.

Tempelhof ist ein elementar wichtiges Segment des Wirtschafts- und Regierungsstand-

orts Berlin. Die Passagiere benötigen von Tempelhof nach Berlin-Mitte nicht mehr als 15 Minuten, während sie vom Flughafen BBI in Schönefeld im Zweifel über eine Stunde unterwegs sein werden. Andere „Weltstädte“ wie London, Washington oder auch Buenos Aires sind dabei, ihre City-Flughäfen weiter auszubauen oder ganz neu anzulegen. Und Berlin, das als Hauptstadt in diese Kategorie gehören will, legt den Rückwärtsgang ein? Mir ist das unverständlich.

Auch für Mannheim hätte die Schließung gravierende Folgen, da die Fluglinie Cirrus-Airlines für den Geschäftsverkehr kurze Wege garantiert. Die Metropolregion Rhein-Neckar ist der siebtgrößte Ballungsraum der Bundesrepublik und damit ein wichtiger Wirtschaftsstandort. Noch ist nicht absehbar, ob Cirrus-Airlines nach der Schließung von Tempelhof nach Tegel

fliegen wird, zumal dort - wenn auch später - ebenfalls die Stilllegung droht.

Ein weiteres Argument spricht gegen die Schließung: Das Flughafengelände steht unter Denkmalschutz und kann nach einer Schließung nicht ohne weiteres für andere Zwecke umgebaut werden, was neue Probleme mit sich bringen wird. Vor dem Hintergrund der historischen Bedeutung des Flughafens durch die Luftbrücke 1948 könnte dem Land Berlin eines Tages mangelndes Geschichtsbewusstsein vorgeworfen werden.

Fazit: Auch wenn einige Argumente des Senats für die Schließung des Flughafens Tempelhof sprechen, sollte das Land Berlin die Problematik in ihrer Gänze nochmals abwägen und gründlich überprüfen.



Eisenbahnbundesamt missachtet demokratisches Rechtsstaatssystem



Nachdem bekannt wurde, dass das Eisenbahn-Bundesamt den ICE-Bypass um Mannheim für eine „ernsthaft in Frage kommende Trassenvariante“ hält, zeigte sich MdB Lothar Mark empört und wandte sich in dieser Angelegenheit erneut an Verkehrsminister Tiefensee.

„Es ist vollkommen unverständlich, dass das Eisenbahnbundesamt entgegen der eindeutigen politischen Willensbekundung des Deutschen Bundestages und der Landesregierungen Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland und Hessen (auch wenn Ministerpräsident Koch sich im Landtagswahlkampf anders geäußert hat) die Bypass-Pläne der Bahn ernsthaft in Erwägung zieht. Auch die eindeutige Aussage des Regierungspräsidiums Karlsruhe, nach der ein ICE-Bypass umweltvertraglich ist, wird hierdurch komplett ignoriert“, so Lothar Mark.

Und weiter: „Geldgeber für das Bauvorhaben der Bahn ist nach wie vor der Bund. Als Mitglied des Haushaltsausschusses - und als solches mitverantwortlich für die Mittelvergabe des Bundes - werde ich mich mit aller Kraft gegen die Bypass-Pläne der Bahn einsetzen und alle Hebel in Bewegung setzen, damit vom Bund weder Planungs- noch Baumittel für diesen kostenintensiven, umweltschädigenden und darüber

hinaus noch vollkommen überflüssigen Bypass bewilligt werden.

Ich werde mich mit allen rechtmäßigen und verfügbaren Mitteln dafür einsetzen, dass im Deutschen Bundestag ein solch grundgesetzwidriges Verhalten nicht durchgehen wird und meine Abgeordnetenkollegen die ungesetzlichen Pläne der Bahn für den Bypass durchkreuzen. Die Bundesrepublik ist keine Bananenrepublik. In demokratischen Rechtsstaatssystemen ist und bleibt der politische Wille zu beachten, auch wenn Personen der Deutschen Bahn und des Eisenbahn-Bundesamtes dies anscheinend nicht so sehen.

Des Weiteren werde ich den Direktor des Verbandes Region Rhein-Neckar (VRRN), Stefan Dallinger und Josef Krahe, bei der Stadt Mannheim für Baurecht und Umweltschutz verantwortlich, bei ihren Bemühungen im Kampf gegen den Bypass unterstützen.

Ich begrüße es sehr, dass sich die Bundesregierung bisher gegen den Bypass positioniert. Sie ist weiterhin gut beraten, wenn sie dem Willen der Landesregierungen, der Metropolregion Rhein-Neckar und dem Regierungspräsidium Karlsruhe folgt. Der Deutschen Bahn rate ich nochmals eindringlich, von ihren Bypass-Plänen Abstand zu

nehmen und die Variante C ernsthaft zu prüfen. Dieser Variante, nach der die Hochgeschwindigkeitszüge in einem Tunnel diagonal durch das hessische Ried geführt werden sollen, hat auch der baden-württembergische Ministerpräsident Günter Oettinger seine Unterstützung zugesagt und seine Ablehnung der Bypass-Pläne versichert.

Das Argument von Bahnchef Mehdorn, eine Umfahrung Mannheims sei aufgrund der Zeitersparnis besonders wirtschaftlich, ist nicht plausibel. Der Zeitgewinn für den ICE auf den Strecken Köln-München und Hamburg-Basel würde gerade einmal vier Minuten betragen und somit nicht die 500 Mio. Euro rechtfertigen, die ein Ingenieurbau für den Bypass kosten würde. Die Bahn musste inzwischen auch schon eingestehen, dass ein Zeitgewinn von wenigen Minuten für ihre Kunden kein Anreiz zur Zahlung eines entsprechenden Aufpreises und somit unrentabel ist. Dies gab sie im Zusammenhang mit der Streichung des ICE-Sprinters von Köln nach München bekannt. Damit hat die Bahn ihr eigenes Hauptargument im Streit um den Bypass widerlegt“, erinnert Lothar Mark an das Eigentor der Bahn.

Blumenau: Keine Möglichkeit für Tempo 100



Das Bundesverkehrsministerium sieht keine Möglichkeit für eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 100 Stundenkilometern auf der Autobahn A6 am Stadtteil Blumenau.

Die Entscheidung liege in der Zuständigkeit des Landes Baden-Württemberg, allerdings seien bundesweit geltende Richtlinien maßgeblich. Hiernach können verkehrsrechtliche

Maßnahmen insbesondere dann in Betracht kommen, wenn beispielsweise in Wohngebieten Richtwerte von tagsüber 70 Dezibel und nachts 60 Dezibel überschritten werden. An 22 Gebäuden sei im Bereich Blumenau, Schönau, Sandhofen und Scharhof eine nur leichte Überschreitung nachts festgestellt worden. Bei einer Geschwindigkeitsbeschränkung auf 100km/h würde am Tag die

Pegelminderung 1,3 betragen und nachts nur 0,9 Dezibel. Das Ministerium antwortete auf eine Anfrage von Lothar Mark. Da die beiden Autobahnbrücken in Blumenau saniert würden, gelte dort derzeit eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 80 Stundenkilometer, hatte Lothar Mark seinem Parteikollegen geschrieben. Die habe zu einer „deutlichen Lärminderung für Anwohner“ geführt.

Die SPD erörtert ihren Weg: MdB Dr. Ernst Dieter Rossmann zu Gast in Mannheim

„Die SPD ist als aller erstes auf dem Weg zu sich selbst, sie hat sich mit der Agenda 2010 versöhnt, einer Agenda, die ihr Gutes hat, aber dennoch weiterentwickelt werden sollte“, so die Kernaussage von Dr. Ernst Dieter Rossmann, Sprecher der Parlamentarischen Linken im Deutschen Bundestag. Auf Einladung von MdB Lothar Mark war er Gast bei einer Diskussionsveranstaltung in Mannheim. Mit einer stattlichen Anzahl von Teilnehmern erörterten die beiden Abgeordneten die Frage: „Die SPD nach dem Hamburger Parteitag – auf dem Weg von der Mitte nach links?“

Ist die Partei auf dem Weg nach links? Um diese Frage zu beantworten, müsse zunächst geklärt werden, was 'links' sei, so Lothar Mark.

„Die SPD ist die Partei des 'demokratischen Sozialismus' und eine Antwort auf den globalen Kapitalismus“, analysierte Rossmann das „Linke“ am Hamburger Programm. „Das macht deutlich: Die SPD hat eine Vision, die nicht an deutschen Grenzen halt macht“, so der Sprecher der Parlamentarischen Linken. „Aber die SPD hat auch Interesse an Wirtschaftskraft“, fügte Lothar Mark hinzu, „links ist also im Sinne von internationaler Verantwort-

ung zu verstehen“.

„Das Hamburger Programm ist nicht nur eine Vision, sondern beinhaltet konkrete Beschlüsse“, betonte Rossmann weiter. „Links ist das, was man in der Wirklichkeit wieder findet, also konkrete Änderungen, wie die Verlängerung des Arbeitslosengeldes I, die Festlegung des Mindestlohns auf 7,50 EURO, oder die Verringerung des Einflusses privater Investoren auf die Deutsche Bahn, etc.“ Neben traditionellen sozialdemokratischen Werten wie „Chancen für alle“, „Staat als Schutzfunktion“, „Bildung als öffentliches Gut“, die sich in den Beschlüssen niederschlagen, sei das neue Element sozialdemokratischer Politik der vorsorgende Sozialstaat. Dieser beinhaltet nicht nur die Sicherung von Geldleistungen, sondern auch ein Recht auf Weiterbildung, so Rossmann. „Bestimmte Aufgaben, wie Bildung, darf man eben nicht allein dem Markt überlassen“, pflichtete Lothar Mark ihm bei.

Die sich anschließende, sehr lebendige und lange Diskussion machte deutlich, wie sehr der Hamburger Parteitag eine Herzblut-Angelegenheit war. Aus dem Publikum fasste einer die Meinung von vielen anwesenden Genossinnen und Genossen zusammen: „Dieser Parteitag hat uns gut getan!“



MdB Lothar Mark (links) und MdB Dr. Ernst Dieter Rossmann
Foto: Matthias Kohler

Wohin führt der Weg der SPD??



Im Auftrag der Familie! Lothar Mark zum Start des Online-Angebotes

Aktuelle und spannende Informationen über die Familienpolitik der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie ab sofort im neuen Online-Angebot der Kampagne "Im Auftrag der Familie!" <http://www.spdfraktion.de/familie/>

Ob Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem ersten Lebensjahr, Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen und Ganztagschulen, ob Elterngeld oder finanzielle Hilfen für Familien

- wer sich über die modernen sozialdemokratischen Bausteine für ein familienfreundliches Deutschland informieren möchte, ist hier genau richtig!

Mit unserer Politik sorgen wir für bessere Bildungschancen für unsere Kinder, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die Eltern und machen wieder Mut für ein Leben mit Kindern. Und das schon lange. Denn in der Familienpolitik sind

wir das Original! Egal, ob Elterngeld oder Ausbau der Kinderbetreuung - was jetzt in der Großen Koalition umgesetzt wird, ist sozialdemokratische Politik. Dass wir uns gegen den Widerstand der Union durchsetzen konnten, ist gut - gut für Kinder, Eltern und unser Land. Wir werden deutlich herausstellen, dass die modernen familienpolitischen Konzepte einen klaren sozialdemokratischen Stempel tragen.



Bundestag will Sport und Bewegung in Deutschland fördern



Was viele bereits wissen und wenige aktiv in die Tat umsetzen, rückt unaufhaltsam in den Fokus der politischen Debatte: Die Erkenntnis, dass Sport und Bewegung gefördert werden müssen, um langfristig an Lebensqualität zu gewinnen. Zahlreiche Studien prognostizieren die stetige Zunahme von Haltungsschäden, Übergewicht und Herz-Kreislauf Erkrankungen. höchste Zeit, um Maßnahmen für die Förderung des Sports in Verbindung mit gesunder Ernährung zu treffen. Auch der Bundestag hat sich der Problematik angenommen und setzt sich gezielt für die Prävention von Erkrankungen und die Ausgestaltung des Schulsportangebots ein, um Sport und Bewegung zu fördern und das Bewusstsein für eine gesunde Lebensweise zu stärken.

Der Bundestagsbeschluss ist ganz nach dem Geschmack des ehemaligen Sportbürgermeis-

ters Lothar Mark. Der Bundestagsabgeordnete unterstützt die geplanten Maßnahmen. „Das Bewusstsein für Sport, Bewegung und gesunde Ernährung als Instrument zur Prävention muss gestärkt werden. Es ist wichtig, trotz eines vollen Terminkalenders, auf eine gute Ernährung und Bewegung zu achten“, so Mark.

In der politischen Debatte herrscht Einigkeit darüber, dass gerade in der Kinder- und Jugendarbeit alle zur Verfügung stehenden Mittel eingesetzt werden sollen, um so früh wie möglich einen gesunden Umgang mit Bewegung und Ernährung zu erlernen. Mark weiter: „Der Zusammenhang von sozialer Herkunft und gesunder Lebensweise ist tragisch. Es darf nicht sein, dass das Einkommen die Gesundheit bestimmt.“ Die Langzeitfolgen des kollektiven Bewegungsmangels betreffen nicht nur jeden Einzelnen, sondern wirken sich bereits heute negativ auf das Gesundheits- und Sozialsystem aus. Die modernen Lebensbedingungen und das tägliche Umfeld haben zu einer Verringerung der körperlichen Aktivitäten und der sportlichen Betätigungen geführt ohne entsprechende Kom-



pensation. Es sind deshalb eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und Verantwortung, die Rahmenbedingungen zu schaffen, um sportliche Betätigung zu verstärken und damit die Gesundheitsfürsorge zu erleichtern.



Besuch im Mannheimer Tierheim

Tiere in Not und die Finanzierung des Tierheims auf der Friesenheimer Insel beschäftigten Lothar Mark, weshalb er das Tierasyl besuchte und sich vor Ort einen Überblick über die Arbeit des Tierschutzvereins Mannheims verschaffte.

Gerade die letzten Monate bescherten dem Tierheim eine wahre Flut von Tieren, die aus desolaten Tierhaltungen beschlagnahmt oder von überforderten Tierhaltern abgegeben worden waren. Auffallend viele Tiere wurden auch einfach von ihren Besitzern ausgesetzt. Dies geschah in vielen Fällen meist erst dann, wenn die Tiere erkennbar krank waren und die

Tierhalter sich die Tierarztkosten sparen wollten.

Das Tierheim bestätigt, dass im Jahr 2007 die Rekordmarke von 1500 beherbergten Tieren erstmals überschritten wurde.

Wie der Tierschutzverein Mannheim die ständig wachsenden Aufgaben personell bewältigt und vor allem, wie er sie finanziert, wollte Lothar Mark genau wissen. Außerdem ließ er sich detailliert über die Jugendarbeit der Tierschützer, die unzähligen Besuche von Schulklassen und Kindergruppen im Tierheim und über die Seniorenarbeit informieren, bei der wöchentlich Altenheime mit Hunden besucht

werden und dort für willkommene Abwechslung sorgen.

Dass ihm die Menschen im Allgemeinen und die Belange der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt im Besonderen am Herz liegen, stellte Lothar Mark unmissverständlich klar. Darüber dürfe man jedoch keinesfalls die vielen hilflosen Tiere vergessen, die Tag für Tag im Mannheimer Tierheim landen. Lothar Mark, selbst Mitglied des Mannheimer Tierschutzvereins, versprach, die Arbeit der Mannheimer Tierschützer aktiv zu unterstützen.



Leserbrief an die Stuttgarter Zeitung: Einspruch gegen die Überschrift "Mannheim führt die Negativliste der Verspätungen an"

Artikel in der Südwestausgabe der Stuttgarter Zeitung vom 14.11.2007 „Mannheim führt die Negativliste der Verspätungen an“ von Andreas Geldner

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der Südwestausgabe Ihrer Zeitung stieß ich auf den Artikel "Mannheim führt die Negativliste der Verspätungen an", in dem über die Analyse Ihrer Zeitung an drei großen Bahnhöfen in Baden-Württemberg berichtet wird.

Als Mannheimer Bürger und Abgeordneter des Deutschen Bundestages will ich Ihnen doch

meinen Unmut über die Wahl der Überschrift zum Ausdruck bringen, denn damit wird konnotiert, als sei die schleppende Abwicklung des Bahnreiseverkehrs in Mannheim verantwortlich für die Verspätungen.

Richtig ist vielmehr, dass die Züge bereits mit Verspätungen in Mannheim ankommen, meist über die Riedbahnstrecke von Frankfurt-Fernbahnhof (Flughafen) und -Hauptbahnhof kommend. Dass Mannheim in die Kritik gerät, liegt vor allem daran, dass die Verspätungen sich dann in Mannheim zeigen (Anschlüsse etc.). Unter anderem ist dafür auch die Verzögerung des Baus der Hochge-

schwindigkeitsstrecke Frankfurt/Mannheim verantwortlich. Läge das Problem beim Mannheimer Hauptbahnhof, dann müssten auch die Nahverkehrszüge und S-Bahnen in Mannheim größere Verspätungen haben als in Stuttgart und Freiburg, was nach Ihrer Statistik nicht der Fall ist.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diesen „Einspruch“ eines engagierten Mannheimers Ihren Leserinnen und Lesern nicht vorenthalten würden.

Mit freundlichem Gruß und Dank im Voraus

Lothar Mark



Vögele-Umzug: Metropolregion zum „Papiertiger“ degradiert!

Die Würfel sind gefallen. Allen Anstrengungen der Stadt Mannheim zum Trotz siedelt das Mannheimer Traditionsunternehmen Firma Vögele GmbH über den Rhein. Im Zusammenhang mit der Suche nach einem neuen Standort für die Vögele AG hatte sich auch Lothar Mark engagiert.

Wegen der verkehrsgünstigen Lage schien das sich im Bundeseigentum befindliche und überwiegend von US-Streitkräften genutzte Gelände im Mannheimer Stadtteil Friedrichsfeld als besonders geeignet.

Im Hinblick darauf, dass große Flächen des Gebietes in Bundeseigentum sind, versicherte Mark dem Oberbürgermeister seine Bereitschaft, sich als Mitglied des Bundestages für eine Ansiedlung des Unternehmens auf diesem Gelände zu verwenden. Wie versprochen unterstützte er die Stadt Mannheim bei ihrem Gesuch an den Bundesminister der Finanzen, auf

die kurzfristige Freigabe der benötigten Flächen durch die US-Streitkräfte hinzuwirken. Der Mannheimer Bundestagsabgeordnete bat den Finanzminister, in Zusammenarbeit mit der Stadt Mannheim in den Verhandlungen mit den US-Streitkräften eine schnelle und einvernehmliche Lösung zu finden. Die Zentrale der Bundesanstalt nahm dies zum Anlass, den US-Streitkräften nochmals die Dringlichkeit der Angelegenheit in Erinnerung zu rufen und um kurzfristige Stellungnahme zu bitten.

Die Amerikaner signalisierten schließlich ihr Entgegenkommen. Die Vögele AG entschied sich dann jedoch gegen das 27,5 Hektar sanierte und baureife Industriegelände für 40 Euro pro Quadratmeter in Mannheim Friedrichsfeld. Das Ludwigshafener Angebot von 15 Euro pro Quadratmeter habe den Ausschlag gegeben. Hierzu kommentierte Lothar Mark: „Die Metropolregion ist zum

Papiertiger degradiert worden; und weshalb lässt die Region zu, dass jungfräuliches Ackerland verbraucht wird, obwohl Konversionsflächen vorhanden sind?“

Nach einem Antrag der SPD-Fraktion soll nun geprüft werden, aus welchem Grund der Verband Region Rhein-Neckar in die Umzugspläne nach Ludwigshafen nicht einbezogen wurde.



Lothar Mark übernimmt wieder Patenschaft für zwei Austauschschülerinnen



Von links: Herr Bühler, Patenkind Amanda Schaeffer, Frau Bühler, Lothar Mark

Foto: Büro Lothar Mark

Diesmal hat es die sechzehnjährige Schülerin Kim Hüttermann aus der neunten Klasse des Elisabeth-Gymnasiums geschafft: Sie kann für ein Jahr Erfahrungen an einer amerikanischen Schule sammeln und wird in einer amerikanischen Familie

leben. Der Mannheimer Bundestagsabgeordnete Lothar Mark hat die Patenschaft für diesen Auslandsaufenthalt im Rahmen des gemeinsamen Programms zwischen dem amerikanischen Kongress und dem Deutschen Bundestag übernommen (Parlamentarisches Patenschafts-Programm). Er traf sich mit der Schülerin und ihrer Familie in seinem Mannheimer Büro. Die sprachbegabte Schülerin, die sich am meisten für

die Fächer Mathe, Chemie und Geschichte interessiert und die als Hobbys lesen, auf Eishockeyspiele gehen und Freunde treffen angibt, setzte sich gegen mehrere Mitbewerber und Mitbewerberinnen in einem Wettbewerb um den begehrten Schulbesuch in den USA durch.

Die amerikanische Austauschschülerin Amanda Schaeffer wohnt nun bereits seit Anfang Oktober 2007 bei ihrer deutschen Gastfamilie in Mannheim, Familie Bühler. Auch für sie hat Lothar Mark die Patenschaft übernommen.

Amanda Schaeffer reiste bereits am 01. August in Deutschland ein und absolvierte zunächst ein zwei-monatiges Sprachpraktikum in Köln. In Mannheim ab-

solviert sie derzeit ein viermonatiges Studium der Politikwissenschaften an der Universität.

Am Parlamentarischen Patenschafts-Programm können Schüler und Schülerinnen im Alter von 15 bis 17 Jahren sowie junge Berufstätige von 16 bis 22 Jahren teilnehmen.



Lothar Mark mit Familie Hüttermann
Von links: Vater Uwe, Schwester Lena (vorne), Stiefmutter Ina, Patenschülerin Kim, Lothar Mark

Foto: Büro Lothar Mark

Bundespolizeiinspektion Mannheim: Teilerfolg erreicht



Ein Teilerfolg im Kampf gegen die geplante Bundespolizeireform im Zuge derer die administrativen und Ermittlungsaufgaben nach Stuttgart verlegt werden sollen, ist erreicht. Als Ergebnis einer breit angelegten Aktion, bei der sich auch Lothar Mark engagiert hat, bleibt die Bundespolizeiinspektion in Nordbaden.

Bekanntlich wird die Inspektion der Bundespolizei in Mannheim zu einem Revier heruntergestuft, wobei die administrativen und Ermittlungsaufgaben nach Stuttgart gehen sollen. In einer breiten Aktion, bestehend aus den örtlichen politischen Mandatsträgern der SPD in Stadt, Land und Bund und der Kooperation Mannheimer Gewer-

schaften, bestehend aus DPoIG, GdP und BDk, wurde auf die Problematik aufmerksam gemacht. Walter Krech von der DPoIG Mannheim hob in diesem Zusammenhang insbesondere das Engagement von Lothar Mark hervor, der sich „letzten Endes mit seinen Initiativen als Mitglied des deutschen Bundestages durchsetzen konnte“, so Walter Krech (Standpunkt Ausgabe Nr. 01/2008).

Lothar Mark hatte sich zunächst an Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble gewandt (vgl. Newsletter Ausgabe November 2007) und appellierte in diese Sache in der Folge außerdem an den Parlamentarischen Staatssekretär Peter

Altmeier, die Belange der Region zu berücksichtigen.

Der Mannheimer Abgeordnete hegte erhebliche Zweifel, ob tatsächlich bundesweite und regionale Belange in die Bewertung mit eingeflossen sind, wie ihm aus dem Innenministerium versichert worden war. „Schon jetzt sei erkennbar, dass die erneute Reform für den Steuerzahler wieder erhebliche Kosten verursachen und vor Ort größere Defizite mit sich bringen wird. Die Kollegen vor Ort, mit denen er im Gespräch sei, könnten hierfür zahlreiche Beispiele nennen“ äußerte der Abgeordnete seine Bedenken bezüglich der Planungen im Innenministerium.

Lothar Mark setzt sich für Aufnahme dreier Integrationsprojekte aus Mannheim in die Förderung 2008 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge ein

Ausschreibung 2008 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge zur Förderung von lokalen Integrationsprojekten

Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Albert,

als Mannheimer Abgeordneter, der weiß, wie wichtig in seiner Stadt die Integrationsarbeit vor Ort ist, möchte ich Dich freundlich um wohlwollende Prüfung der drei beim „Bundesamt für Migration und Flüchtlinge“ zur Förderung eingereichten Stadtteilprojekte bitten.

Es handelt sich um den Antrag der Mannheimer Abendakademie für das Projekt „Migrantinnen lotsen Migrantinnen“, den Antrag des „Interkulturellen Bildungszentrums“ (ikubiz) „Entdeckungsreise - Mädchen und ihre Eltern werden aktiv“, und den Antrag des Caritasverbands für das Projekt „Mitten-

drin – Leben und Lernen im Stadtteil Hochstätt“.

Alle drei Projektbeschreibungen haben mich sehr beeindruckt, insbesondere vor dem Hintergrund, dass sie auf die Stärkung von Migrantinnen abzielen. Diese sollen mit den Projekten zur Integration und zum Mitmachen motiviert werden, was gerade auch den bei uns aufwachsenden ausländischen Kindern zugute kommen wird. Wie überhaupt wichtig insbesondere bei Migrantinnen nicht nur das Erlernen der deutschen Sprache, sondern auch die Öffnung gegenüber und Identifikation mit dem gesellschaftlichen Umfeld ist, können wir in Mannheim täglich beobachten. Als Mannheimer Mandatsträger bin ich selbstverständlich in Kontakt mit den genannten Antragstellern und kann bezeugen, dass diese sowohl im gemeinwesenorientierten als auch integrati-

onspolitischen Bereich bereits hervorragende Arbeit leisten.

Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Albert, insofern appelliere ich mit allem Nachdruck an Dich, die genannten Projekte in die Förderung mit aufzunehmen. Die Anträge werden auch vom Beauftragten für Integration und Migration der Stadt Mannheim, Herrn Claus Preißler, befürwortet, der bereits angekündigt hat, dass er diese mit begleiten und nach Auslaufen der Projekthilfe durch das Bundesamt alles dafür tun wird, damit die Maßnahmen in die kommunale Förderung der Stadt Mannheim mit aufgenommen werden.

Mit Dank für Dein Interesse und den allerbesten Wünschen für 2008!

Lothar Mark

„In Mannheim können wir die Wichtigkeit von Integration, insbesondere das Erlernen der deutschen Sprache, täglich beobachten“

Spenden für den MFC 08 Lindenhof

Der MFC 08 Lindenhof steht für den Breitensport: Fußball, Tennis und Fitness. 570 Mitglieder, davon alleine 230 Kinder. Alle trainieren auf dem Rasen- und einem Hartplatz. Besonders der Rasenplatz, aber auch der Hartplatz, ist sehr wetteranfällig und oftmals bleibt als Training nur das Laufen im Waldpark. Erweiterungsmöglichkeiten gibt es leider am Promenadenweg nicht. Jetzt sind Eltern der Kinder mit einem Konzept für einen Kunstrasenplatz an den Vorstand herangetreten. Der Kunstrasenplatz ist praktisch 365 Tage im Jahr bespielbar, aber für den Verein im Moment unbezahlbar. Etwa 300 00 Euro sind insgesamt dafür zu schultern und der Verein muss nach den Förderungen noch etwa 150.000 Euro selbst aufwenden. Auch hier haben die Eltern um den Arbeitskreisleiter Eberhard Schneider ein Konzept für ein breites bürgerschaftliches

Engagement erstellt, denn Großsponsoren, wie sie wenige andere Vereine haben sind beim MFC 08 Fehlanzeige. 25 Euro Spende beinhaltet den symbolischen Kauf von 1 qm Kunstrasenplatz. Es können ebenso der Elfmeterpunkt, der Mittelkreis, Tore oder Strafraum symbolisch erworben werden. Erste Sponsorengespräche sind erfolgt und erste Spenden sind bereits eingezahlt. Ein besonderes Bonbon ist der Jahreskalender 2008: Der international bekannte und mit einer Vielzahl renommierter Preise ausgezeichnete Künstler Horst Hamann, der in seiner Jugend beim 08-er kickte, hat Fotoaufnahmen von Gebäuden und Plätzen in Neckarau, Almenhof und Lindenhof in Verbindungen mit Portraits junger 08-Kicker für den Kalender zur Verfügung gestellt und daraus einen sehr beachtenswerten Kunstkalender geschaffen. Der Erlös des für 19,08 Euro angebotenen Kalen-

ders geht natürlich auch in das Kunstrasenprojekt. Zu erwerben ist der Kalender u.a. bei Toto-Lotto Dobler in der Rheingoldstraße und der Metzgerei Hauk in der Meerfeldstraße 38 oder zu bestellen unter Tel. 0162 0370 33 52.

Als ehemaliger Sport- und Schulbürgermeister war Lothar Mark von der Elterninitiative hellauf begeistert. Prompt erwarb auch er einige Quadratmeter Kunstrasen. Auch ermuntert er andere zum Erwerb von Kunstrasen: „Ich hoffe, dass im Jubiläumsjahr 2008 so viele Spenden zusammen kommen, dass der Platz im Jahr 2009 gebaut werden kann,“ so Lothar Mark.

Der erste Vorsitzende des MFC 08 Lindenhof zeigte sich über die Unterstützung des früheren Sport- und Schulbürgermeisters hocherfreut.



Musikalisches Sommervergnügen



Mozart spielte einst die Orgel und die weithin gerühmte Mannheimer Hofkapelle gestaltete jeden Sonntag das Hochamt. Nun soll die Schlosskirche im Sommer 2008 mit der neuen Konzertreihe „Mannheimer Sommermusik“ für vier Wochen wieder zu einem Zentrum musikalischer Künste werde. Vom 07. Juni bis 6. Juli führen einunddreißig Veranstaltungen Künstler aus der Region in den akustisch ausgezeichneten Kirchenraum. Die altkatholische Gemeinde stellt das traditionsreiche Gotteshaus zur Verfügung. Lothar Mark fördert als Schirmherr das jüngste Kulturevent der 400 Jahre alten Stadt.

Eröffnet wird die Reihe am Samstag, 7. Juni. Um 19 Uhr stellen sich bei einer „Langen Nacht der Orgelmusik“ drei junge Künstler aus der Region vor: Martin Geipel, Simon Krug und Harald Weidner. Nicht nur Konzerte gehören zum Programm. Musikalisch gestaltete Gottesdienste an fünf Sonntagen geben der Sommermusik den angemessenen geistlichen Aspekt: Zur Eröffnung am Sonntag am 8. Juni singen die altkatholischen Chöre der Gemeinden Frankfurt und Offenbach, am folgenden Sonntag, 15. Juni, gestaltet das Mannheimer Vokalensemble die liturgische Feier mit der „mass for four

voices“ des englischen Renaissancekomponisten William Byrd.

Das Programm der Sommermusik mischt klassische Konzerte mit unterhaltsamen und meditativen Veranstaltungen. So gibt es zwei Mal, am 11. Juni und am 2. Juli, ein Taizé-Gebet mit Musik. Daniel Fieß (Orgel) und Romy Bauer (Mezzosopran) gestalten am 04. Juli eine „Meditation bei Kerzenschein“ mit geistlichem Impuls. Am Sonntag, 6. Juli schließt das schon zur Tradition gewordenen Konzept „Die Kuschelflöte“ die sommerliche Reihe ab. Daniel Fieß, der die Reihe mit organisiert, erfreut gemeinsam mit dem Flötisten Alexander Wischniewski die Zuhörer mit schmeichelnden und heiteren Klängen aus Italien. Einen beachtlichen Platz in der Chorszene in Rheinland-Pfalz hat sich das Vokalensemble „Ars Vocalis“ aus Ludwigshafen erworben. Es gastiert am 8. Juni in der Schlosskirche. Am 15. Juni singt der Junge Kammerchor Mannheim die D-Dur Messe op. 86 von Antonin Dvorak, und am 21. Juni wiegt die 1989 gegründeten Dilsberger Kantorei ihr Publikum in „Klangträume“. Einen Tag später gestaltet der schwule Männerchor „rosa Kehlchen“ aus Heidelberg Choräle „Einmal Anders“. Mit inter-

nationalen Auftritten hat der Chor „Joyful Voices – das Mikrofon“ seine Bekanntheit längst über die heimische Kurpfalz hinaus in der Gospel- und Sacro Pop-Szene gefestigt. Am 29. Juni gestalten die Sängerinnen und Sänger einen Gospelgottesdienst und am 3. Juli ist die Bühne der Schlosskirche frei für ihr eigenes Konzert. Damit humorige und unterhaltsame Klänge nicht fehlen, kommt am 27. Juni das Mundarttrio „Uhne Ferz“ aus Viernheim mit feinsten „vännema“ Mundart. Und für die Freunde gepflegten Tanzvergnügens gibt es am 28. Juni einen „Tanztag“ mit Walzern, gespielt von Iris Klewinghaus und Andreas Molitor, und Barockmusik mit den „Danzatori Palatini“. Das auf historischen Tanz spezialisierte ensemble will lebendig machen, wie man sich an den Höfen Carl Philipps und Carl Theodors vergnügte.

Bei der Mannheimer Sommermusik sind viele Veranstaltungen ohne Eintritt, es wird jedoch um eine Spende gebeten. Für Konzerte mit Eintritt läuft der Vorverkauf ab sofort. Bestellungen an karten@mannheimer-sommermusik.de. Unter www.mannheimer-sommermusik.de sind das komplette Programm und weitere Informationen abrufbar.

Zollverwaltung: Lothar Mark lässt nicht locker



Nach seinem Appell im letzten Jahr (vgl. Newsletter von Lothar Mark, 2. Ausgabe/März 2007) wandte sich Lothar Mark im Zusammenhang mit der geplanten Neustrukturierung der Zollverwaltung erneut an das Bundesministerium der Finanzen.

Da dem Bundesministerium nun das Feinkonzept der „Strukturentwicklung Zoll“ vorliegt, wiederholte Lothar Mark sein Anliegen, die Teilzentralisierung im Bereich Strafsachen und Bußgeldverfahren am Standort Mannheim zu erhalten:

„Wie ich jetzt erfuh, liegt das Feinkonzept der ‚Strukturentwicklung Zoll‘ inzwischen vor. Ausweislich dieses Konzept-

tes ist offenbar beabsichtigt, die bisherigen Sachgebiete B (Zölle und Verbrauchssteuern) und C (Abfertigungsbezogene Sachbearbeitung) zu einem Sachgebiet B (Abgabenerhebung) zusammen zu legen. Die Entscheidung über den künftigen Standort des neu zu bildenden Sachgebietes befindet sich nach meiner Kenntnis aber noch in der Diskussion.

Vor diesem Hintergrund appelliere ich an Dich, dafür zu sorgen, dass der Standort und die Arbeitsplätze an der Dienststelle Mannheim erhalten bleiben.

Bekanntlich stellte die Neuorganisation der Hauptzollämter Karlsruhe, Mannheim und Lud-

wigshafen vor einigen Jahren einen Kompromiss dar. Während die Hauptzollämter Mannheim und Ludwigshafen zugunsten von Karlsruhe aufgelöst wurden, verblieben in Mannheim Sachgebiete des Hauptzollamtes Karlsruhe, u.a. auch das Sachgebiet Zölle und Verbrauchssteuern. Eine Funktionsverlagerung des Sachgebietes B nach Karlsruhe würde nun doch noch – so die große Befürchtung – die Auflösung der in Mannheim verbliebenen Außenstelle des Hauptzollamtes Karlsruhe bedeuten – mit erheblichen Folgen für die hiesige Wirtschaft,“ so Lothar Mark in seinem Brief an die Parlamentarische Staatssekretärin Nicolette Kressl.

Verfassungsreferendums in Venezuela gescheitert

Der Volksentscheid über die von Staatspräsident Hugo Chávez angestrebte Verfassungsreform in Venezuela ist mit einer Niederlage für die Reformvorschläge ausgegangen. Die vorgesehenen Verfassungsänderungen wurden von rund 51 Prozent der wahlberechtigten Venezolanerinnen und Venezolaner abgelehnt. Der knappe Wahlausgang ist die erste Abstimmungsniederlage für den Präsidenten in den neun Jahren seiner Amtszeit.

Der Lateinamerika-Beauftragte der SPD-Bundestagsfraktion, Lothar Mark, beurteilt das Ergebnis differenziert: „Ich bin erfreut, dass trotz der sehr marginalen Entscheidung der venezolanischen Bürger und Bürgerinnen alle Beteiligten besonnen und konstruktiv reagiert und das Ergebnis akzeptiert haben. Die von Präsident Chávez auf demokratischem Wege angeregte Verfassungsreform ist gescheitert, wenngleich äußerst knapp. Man sollte daher anerkennen, dass neben den lautstark kritisierten Änderungsabsichten auch positive Reformen auf den Weg gebracht werden sollten,

die von vielen Venezolanern und Venezolanerinnen begrüßt und sogar gefordert wurden, wie beispielsweise das Sozialversicherungssystem für Beschäftigte des informellen Sektors“.

Die Reformbestrebungen hatten zum Ziel, den sog. „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ stärker als bisher in der Verfassung zu verankern. Auch eine Verlängerung der Amtszeit des Präsidenten sowie die unbegrenzte Wiederwahl des Staatspräsidenten standen zur Abstimmung.

Lothar Mark: „Was mich indes mit Sorge erfüllt, sind die scharfe außenpolitische Rhetorik und Reaktionen von Präsident Chávez im Vorfeld des Referendums. Hier denke ich, wäre es oft zweckmäßiger, zum Wohle aller etwas mehr Rücksicht auf Vereinbarungen und diplomatische Gepflogenheiten zu nehmen.“

Zuvor hatte Hugo Chávez den USA und der venezolanischen Opposition vorgeworfen, nach einer möglichen Annahme einer Verfassungsänderung

Venezuela destabilisieren zu wollen und drohte mit der Einstellung der Erdöllieferungen an die USA. Auch mit dem Nachbarland Kolumbien sowie Spanien war es in jüngster Zeit zu Spannungen gekommen, in deren Folge die diplomatischen Beziehungen von seitens Venezuelas eingefroren wurden.

„In jedem Falle halte ich das Ergebnis für einen weiteren Erfolg der Verfassung von 1999: Mit ihren Inhalten identifizieren sich die Menschen und auf ihrer Grundlage wurde über die Verfassungsreform entschieden – dies ist zunächst ein großer Schritt für das polarisierte Land. Es gilt weiterhin, endlich die freigesetzten gesellschaftlichen Kräfte stärker inhaltlich und für eine größere Nachhaltigkeit im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger Venezuelas zu füllen, denn Demokratie ist erfahrungsgemäß mehr als die bloße Durchführung von Wahlen“, so Lothar Mark abschließend.



Hugo Chávez (rechts), hier zu Gast in den USA

Geld für CDU, FDP und AGFG

Laut Parteiengesetz sind Spenden, die im Einzelfall die Höhe von 50 000 Euro überschreiten, dem Bundestagspräsidenten zu melden. Sie werden dann unter Nennung von Spender und Begünstigtem veröffentlicht (§ 25 Abs. 3 Satz 3 Parteiengesetz).

Freuen konnten sich im November und Dezember mal wieder CDU und FDP.

Südwestmetall, Verband der Metall- und Elektroindustrie Baden-Württemberg, spendete 200 000 Euro an die CDU und 100 000 Euro an die FDP.

Die CDU erhielt außerdem 75000 Euro von der Reederei Claus-Peter Offen, die FDP

90000 Euro von Kurt Fordan und 54000 von der Deutschen Vermögensberatung AG.

Dr. Rath Education Services B.V. und Dr. Rath Health programmes (beide Niederlande) und Matthias Rath Limited (Großbritannien) spendeten insgesamt 265 000 Euro an die AGFG (Allianz für Gesundheit, Frieden und soziale Gerechtigkeit).

Die Gesundheitsphilosophie des Alternativheilers Matthias Rath ist das Kernstück des Grundsatzzprogramms der AGFG. Matthias Rath wurde vor allem durch seine wissenschaftlich weitgehend widerlegte Behandlungsmethode von Krankheiten wie AIDS und Krebs mittels Vita-

minpräparaten und Naturheilverfahren, die sogenannte Zellular-Medizin bekannt.

Die Partei gibt an, eine „gesunde, friedliche und gerechte Welt“ schaffen zu wollen, indem Verflechtungen der Pharmaindustrie mit dem übrigen Gesundheitswesen aufgehoben werden. Insgesamt versucht sich die AGFG spätestens seit 2007 als „links“ zu profilieren, dies äußert sich beispielsweise in der Beteiligung an Demonstrationen gegen Sozialabbau und eigenen Plakaten der Partei zum Thema Hartz IV.

Alle anderen Parteien wurden in diesem Zeitraum nicht bedacht.



Lothar Mark stimmte gegen die Verlängerung des Mandats für die deutsche Beteiligung an der Operation Enduring Freedom (OEF) in Afghanistan



Abstimmungsverhalten zum Antrag der Bundesregierung „Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte bei der Unterstützung der gemeinsamen Reaktion auf terroristische Angriffe gegen die USA auf Grundlage ...“ (Drucksache 16/6939)/ Verlängerung des deutschen Mandats für den OEF-Einsatz

Brief an den SPD-Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag, Dr. Peter Struck:

Lieber Peter,

morgen Vormittag wird über die Verlängerung des deutschen Mandats für den OEF-Einsatz in Afghanistan abgestimmt.

Dazu teile ich Dir mit, dass ich

der Verlängerung nicht zustimmen werde, da ich gegen die deutsche Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz einer internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan bin.

Im Hinblick auf meine Beweggründe möchte ich erneut auf die gutachterliche Stellungnahme „Eskalation in Afghanistan und der Tornado-Einsatz“ der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) sowie die Artikel „Wie man einen Krieg verliert“ aus der Süddeutschen Zeitung vom 02.03.2007 und „Die Entsendung von Tornado-Jets hilft den Afghanen nicht – sie schadet aber Deutschland“ in der Frankfurter Rundschau vom 03.03.2007 verweisen. Auch in meiner Erklärung zur Verlänge-

rung des ISAF-Einsatzes, der aus anderen Gründen meine Zustimmung fand, hatte ich deutlich gemacht, dass ich der Beteiligung von deutschen Militärverbänden am OEF-geführten Mandat äußerst kritisch gegenüber stehe.

Mit Dank für Dein Verständnis und freundlichem Gruß

Lothar Mark



Tornado

Lothar Mark zur Zustimmung Brasiliens für die Aufnahme Venezuelas in den Mercosur

Der Verfassungs- und Justizausschusses des Unterhauses im brasilianischen Parlament stimmte für die Aufnahme Venezuelas in das Wirtschaftsbündnis MERCOSUR. Dieser Schritt wurde von Venezuela lange erwartet, denn das bereits im Juli 2006 unterzeichnete offizielle Beitrittsprotokoll muss von den Parlamenten der Mitgliedsstaaten Argentinien, Brasilien, Uruguay und Paraguay entsprechend ratifiziert werden.

Lothar Mark begrüßte diesen Schritt außerordentlich: „Ich

freue mich über die Entscheidung des brasilianischen Unterhauses, denn damit ist eine weitere, entscheidende Hürde des Beitrittsprozesses genommen worden. Auch wenn die Ratifizierung der Aufnahme Venezuelas in den MERCOSUR durch Paraguay weiterhin aussteht, halte ich es für sehr wichtig, dass Venezuela in diese große Wirtschaftsgemeinschaft eingebunden wird. Ich hege weiterhin die Hoffnung, dass es dem MERCOSUR nun – trotz aller bestehenden inneren Widrigkeiten – endlich gelingen wird, auch seine politische

Integration fortzuführen“.

44 Abgeordnete stimmten für die Aufnahme, 17 votierten dagegen. Der Antrag muss noch dem Senat vorgelegt werden. Ursache für die Verzögerung auf brasilianischer Seite war die harsche Antwort von Präsident Chávez angesichts der Kritik brasilianischer Parlamentarier im Rahmen der Nichtverlängerung der Sendelizenz für den venezolanischen Sender RCTV im Frühjahr dieses Jahres, die international für Aufsehen gesorgt hatte.

Oskars Welt



Die doppelte Wirklichkeit des Oskar Lafontaine

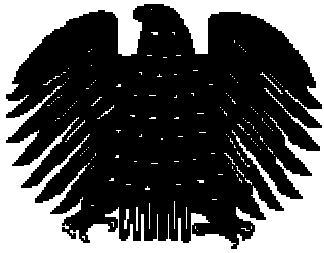
Einerseits

„Wahre Solidarität empfindet man entweder gegenüber **allen Menschen** oder überhaupt nicht (aus „Die Gesellschaft der Zukunft, 1988)

Andererseits

„Der Staat ist verpflichtet, seine Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Er ist verpflichtet zu verhindern, dass Familienväter und –frauen arbeitslos werden,

weil **Fremdarbeiter** zu niedrigen Löhnen ihnen die Arbeitsplätze wegnehmen. (Rede auf der Kundgebung in Chemnitz, 14.Juni 2005)



Impressum:

Lothar Mark, MdB, Wahlkreisbüro
H2, 4, 68159 Mannheim
Telefon: 0621 - 2 60 50
Fax: 0621 - 15 47 49
Lothar.mark@wk.bundestag.de

**Noch kein Abonnent des
Newsletters von Lothar Mark?
Dann schicken Sie einfach eine kurze
Nachricht an:
lothar.mark@wk.bundestag.de**

**Weitere Informationen im
Internet: www.lothar-mark.de**

Alle nicht anders gekennzeichneten Bilder
entstammen den Quellen
www.wikipedia.de, www.pixelio.de bzw.
www.maps.mygeo.info

*Diskussionsrunde
mit
Hilde Mattheis, MdB
Pflegepolitische Sprecherin
der SPD-Bundestagsfraktion*

und

Lothar Mark, MdB

zur

Reform der Pflegeversicherung

am 16. April 2008

um 19:00 Uhr

*(Der Veranstaltungsort wird
noch bekannt gegeben)*

**Achtung! Schon mal vormerken:
Kulturspaziergänge 2008**

Lothar Mark wird auch in diesem Jahr wieder seine bekannten und sehr beliebten Kulturspaziergänge machen. Unterstützt wird er dabei von Tanja Vogel aus den Reiss-Engelhorn-Museen. Seit nun mehr über 15 Jahren ist es ein Anliegen des Bundestagsabgeordneten und ehemaligen Kulturbürgermeisters, einem interessierten Publikum während der Kulturspaziergänge Aufschlussreiches und Wissenswertes über die Stadtteile Mannheims zu vermitteln.

Termine 2008:

Schönau: 06. April,

Käfertal: 15. Juni

Neckarau: 19. Oktober

Die Teilnahme an den Spaziergängen ist für alle BürgerInnen kostenlos und bedarf keiner vorherigen Anmeldung. Treffpunkte und Zeiten werden noch bekannt gegeben.

*Eröffnung des 7. Frühlings- und
Ostermarktes im Vogelstang Center
14.März 2008

*Eröffnung der Kulturtage
Vogelstang
19.April 2008

Vortrag über Lateinamerika beim
"Rheinauer Freitag"
(Meine Reisen und Projekte in Südamerika)

Nachbarschaftshaus Rheinau
Rheinauer Ring 101
15. Februar 2008, 19:30 Uhr